

Germany-Munich: Engineering services
OJ S 87/2021 05/05/2021
Contract award notice
Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Max-Planck-Gesellschaft, GV-Bauabteilung

Postal address: Hofgartenstraße 8

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 80539

Country: Germany

E-mail: bieterfragen@gv.mpg.de

Internet address(es):

Main address: <http://www.mpg.de>

Address of the buyer profile: <https://portal.deutsche-evergabe.de>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Einrichtung des privaten Rechts

I.5. Main activity

Other activity: Grundlagenforschung

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Max-Planck-Institut für Chemische Physik fester Stoffe, Erweiterung Institut: Planungsleistung für Technische Anlagen

Reference number: Z.CHPH.A.000312.Laborpl.VgV.1976

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand der zu vergebenden Leistung sind Ingenieurleistungen aus dem Bereich der Technischen Ausrüstung/Laborplanung gem. §§ 53 ff. HOAI „Technische Ausrüstung“ für die LPH 2-3 und 5-9 für das Bauvorhaben „Reinraum für die Abteilung Festkörperchemie“ am MPI für Chemische Physik fester Stoffe in Dresden (CHPH) für folgende Anlagengruppen (AG):

AG 1 Abwasseranlagen

AG 3 Lufttechnischen Anlagen

AG 4 Starkstromanlagen

AG 5 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen

AG 7 Nutzungsspezifische Anlagen (KG 473)

AG 8 Gebäudeautomation

Die voraussichtlichen anrechenbaren Kosten für die Technischen Anlagen für die vorgenannten Anlagengruppen liegen nach einer ersten Kosteneinschätzung bei ca. 1 438 000,00 EUR netto.

Maßgebend für die zu vergebenden Leistungen als auch für die Honorierung ist der bereitgestellte Vertragsentwurf.

Nähere weiterführende und wichtige Informationen zu den zu vergebenden Planungsleistungen (Auftragsgegenstand) sind unter Punkt II.2.4) dieser Bekanntmachung beschrieben.

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7. Total value of the procurement

Value excluding VAT: 0,01 EUR

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71300000 Engineering services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DED21 Dresden, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Max-Planck-Institut für Chemische Physik fester Stoffe in Dresden

II.2.4. Description of the procurement

Um zu einer einheitlichen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland beizutragen und für die beiden Disziplinen Chemie und Physik der Festkörper ein Forum der Zusammenarbeit zu schaffen, beschloss der Senat der Max-Planck-Gesellschaft im März 1995 die Gründung eines neuen Instituts in Dresden. Mit der Planung wurde das Architekturbüro Brenner + Partner betraut. Nach Abschluss der Planungsphase begann 1997 die Bautätigkeit am Institutsneubau. Das Institut wurde Mitte 2000 fertiggestellt und bezogen (8 000 m² Nutzfläche, 40 Mio. EUR Gesamtkosten). Die offizielle Einweihungsfeier des Institutsgebäudes erfolgte am 2. November 2001. Zurzeit arbeiten etwa 300 Mitarbeiter im Institut. Das Max-Planck-Institute für Chemische Physik fester Stoffe beabsichtigt aus topologischen und supraleitenden Heusler-Verbindungen SQUIDs herzustellen und Funktionseinheiten auf der Basis magnetische Weyl-Halbmetalle zu entwickeln.

Hierfür wird ein neuer Reinraum benötigt.

Da es aus Platzmangel keine Möglichkeit gibt diesen Reinraum innerhalb des Institutes unterzubringen, soll der Reinraum nun auf dem Dach des eingeschossigen Sputteranbaus, erbaut 2013, platziert werden.

Von dem Planer sind alle haustechnischen Leistungen (siehe Aufstellung der Anlagengruppen) innerhalb des Reinraumgebäudes zu erbringen, diese sind u. a.:

- Reinraumdecken und -wände, Doppelboden,
- Reinraumplanung,
- Lüftungsanlagen (der Reinraum kann vom Bestandslabor „Sputter“ mit Zu- und Abluftkanälen versorgt werden),
- Umluftkühlwassernetz (die benötigte Kälte für das Umluftkühlwasser kann mittels Wärmetauscher dem Standortkältenetz entnommen werden),

- Stromversorgung des Reinraums und der FFU's,
- Beleuchtung,
- Brandmeldeanlage (als Teil der bestehenden BMA),
- Gebäudeautomation,
- Labortechnische Anlagen,
- Medienver- und entsorgungsanlagen (Neue Gaskabinette und/oder Anbindung an den Bestand).

Die genaue Definition der Schnittstellen ist im Planungsprozess festzulegen.

Anforderungen an den Reinraum

Der Reinraum ist für die Probenpräparation sowie eine Nano- bzw. Mikrostrukturierung unter staubfreien Bedingungen vorgesehen.

Er sollte als Raum-in-Raum-Lösung konzipiert werden.

Folgende Bereiche sind gefordert:

- Weißer Bereich.

Klasse ISO 3 mit FIB, Elektronenstrahlolithographie, LASER-Lithographie

- Grauer Bereich.

Klasse ISO 4/6 mit Abzug, Nassprozessplätze, Sputteranlage, ALD-Maschine (Atomlagenabscheidung), RIE-Anlage (Reaktiv-Ion Etching), Micromanipulatoren, Lichtmikroskope

- Technikraum.

Mit Aufstellung von Peripheriegeräten mit großen Wärmelasten und Schallemissionen (z. B. Pumpen), dezentrale Gasversorgung

- Schleuse/Umkleideraum

- Leitwarte.

Zur Verfügung stehende Flächen

Die Nettogrundfläche auf dem Flachdach des vorhandenen Sputteranbau beträgt ca. 185 m².

Es besteht weiterhin die Möglichkeit die nach Norden angrenzende Dachfläche mit in die Planung einzubeziehen. Damit würde sich die Nettogrundfläche um ca. 60 m² vergrößern.

In Anlehnung an das Bestandsgebäude stehen insgesamt ca. 5,80 m lichte Raumhöhe zur Verfügung. Diese Höhe ermöglicht es, ein Technikgeschoss auf das Reinraumgeschoss aufzusetzen.

Die Höhen zwischen den beiden Geschossen können variieren, dürfen aber in Summe 5,80 m lichte Raumhöhe nicht überschreiten, um eine ebengleiche Anbindung an das Bestandsgebäude zu ermöglichen.

Des Weiteren soll sich das Volumen des aufgesetzten Baukörpers aus gestalterischen und genehmigungstechnischen Gründen am Bauteil B3 im Osten des Sputters orientieren.

Die Bewerber erklären mit Abgabe eines Teilnahmeantrages, dass sie in der Lage sind, die Leistungen innerhalb des Zeitraumes (siehe Ziffer II.2.7)) zu erbringen und insbesondere, dass sie über die hierfür notwendigen fachlichen, personellen, sachlichen und zeitlichen Mittel verfügen.

Die besonderen Anforderungen an die Leistungserbringung können es erforderlich machen, häufig/kurzfristig auf Anforderung des Auftraggebers zu Abstimmungsgesprächen vor Ort bzw. in München zur Verfügung zu stehen.

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: 1 Maßgeblich für die Vergabeentscheidung ist das wirtschaftlichste Angebot. Wegen einer Zeichenzahlbegrenzung weiter unter Ziffer II.2.14). / Weighting: 100

Price - Weighting: 0

II.2.11.

Information about options

Options: yes

Description of options:

Verbindlich beauftragt werden zunächst die LPH 2-3. Der Vertrag beinhaltet die Option nach der Entscheidung des AG, dem AN auch die Leistungsphasen 5-9 zu übertragen. Es wird eine stufenweise Beauftragung einzelner oder mehrerer Leistungsphasen vorgesehen.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Zu Ziffer II.2.5): Im Rahmen der Ermittlung des besten Preis-Leistungsverhältnisses nimmt der Preis nach Art. 67 Abs. (2) der RL 2014/24/EU und dem hierauf beruhenden § 58 Abs. (2) VgV – die Form von Festpreisen an, so dass sich das wirtschaftlichste Angebot ausschließlich nach den in § 58 Abs. (2) VgV genannten Kriterien bestimmt. Alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2020/S 225-553613](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Title:

Max-Planck-Institut für Chemische Physik fester Stoffe, Erweiterung Institut: Planungsleistung für Technische Anlagen

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

29/04/2021

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 4

Number of tenders received from SMEs: 4
Number of tenders received from tenderers from other EU Member States: 0
Number of tenders received from tenderers from non-EU Member States: 0
Number of tenders received by electronic means: 4
The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3. Name and address of the contractor

Official name: SME – Smart Micro Engineering GmbH
Town: Gilching
NUTS code: DE21L Starnberg
Country: Germany
The contractor is an SME: yes

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 0,01 EUR

V.2.5. Information about subcontracting

Section VI: Complementary information

VI.3. Additional information

Bei diesem Wettbewerb handelt es um ein zweistufiges Vergabeverfahren bestehend aus einem Teilnahmewettbewerb und aus einem Verhandlungsverfahren.

Für die erste Stufe dieses Vergabeverfahrens „den Teilnahmewettbewerb“ ist folgendes zu beachten:

Alle Wesentlichen für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlichen Unterlagen, stehen Ihnen bis zu dem unter Ziffer IV.2.2) genannten Schlusstermin für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=%252fWtOELq3faU%253d>.

Für den Teilnahmeantrag sind der MPG-Bewerbungsbogen und die Bewerbungsgemeinschaftserklärung nach Maßgabe der vorliegenden Bekanntmachung zu verwenden.

Die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages ist ausschließlich in elektronischer Form zulässig. Hierfür ist eine einmalige kostenfreie Registrierung auf der Plattform erforderlich. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist zugelassen, allerdings nicht zwingend erforderlich, da die Abgabe in Textform nach §126b BGB (Textform) ebenfalls zugelassen ist. Bei Abgabe eines Teilnahmeantrages ist zu beachten, dass nach dem Hochladen aller notwendigen Unterlagen in eVergabe, im nächsten Schritt die gewünschte Signaturform auszuwählen ist. Der Teilnahmeantrag ist anschließend, entsprechend der gewählten „Signatur“ rechtsverbindlich zu „signieren“ und einzureichen. Vom Bewerber ggf. selbst erstellte, unterzeichnete und hochgeladene Schreiben/ Anschreiben ersetzen den vor genannten Schritt der Auswahl der Signatur nicht. Die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Teilnahmeantrages sind durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt.

Das Datenvolumen ist pro Datei auf 50 MB begrenzt. Die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages per Fax, per E-Mail oder schriftlich auf dem Postweg ist nicht zugelassen.

Hinsichtlich der geforderten Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.3) sind die diesbezüglichen mit dem MPG-Bewerbungsbogen (Teilnahmeantrag) geforderten Angaben, Nachweise, Erklärungen und Unterlagen formlos und in der in dieser Bekanntmachung vorgegebenen Reihenfolge, in Ergänzung zu den im MPG-Bewerbungsbogen abgeforderten

Angaben, beizufügen. Für die Teilnahme wird keine Vergütung gewährt. Mit elektronischer Abgabe eines Teilnahmeantrages wird Einverständnis hiermit erklärt.

Sollten sich aus Sicht der Bewerber Nachfragen ergeben, sind diese ausschließlich über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen. Die eingegangenen Fragen und Antworten zum laufenden Verfahren, stehen stets aktuell ausschließlich in der eVergabe allen Bewerbern zur Einsicht zur Verfügung. Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig und eigenverantwortlich bis unmittelbar vor Teilnahmeschluss über den jeweils aktuellen Stand auf der zuvor genannten Website zu informieren und die dort zur Verfügung gestellten Informationen bei der Abgabe des Teilnahmeantrages zu berücksichtigen. Nachteile, die durch eine Nichtbeachtung der ausschließlich auf der zuvor genannten Website eingestellten Informationen entstehen, gehen zu Lasten des Bewerbers.

Bitte beachten Sie, dass das Übermittelten größerer Datenvolumen (z. B. Pläne) mehr Zeit (ggf. je nach Datenvolumen und Geschwindigkeit der genutzten/zur Verfügung stehenden Datenleitung) in Anspruch nehmen kann. Beginnen Sie deshalb bitte rechtzeitig vor Teilnahmeschluss mit der Übermittlung der Teilnahmeunterlagen. Sollte es zu Problemen bei der Übermittlung kommen, melden Sie sich bitte rechtzeitig vor Abgabeschluss beim Support der eVergabe.

Für die zweite Stufe dieses Vergabeverfahrens, „das Verhandlungsverfahren“, gilt folgendes: Alle für die Erstellung Ihres Angebotes erforderlichen Unterlagen (Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Vertragsunterlagen nebst Anlagen), stehen Ihnen bis zu dem unter Ziffer IV.2.2) genannten Schlusstermin für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/DownloadTenderFiles.aspx?subProjectId=%252fWtOELq3faU%253d>.

Mit Aufforderung zur Angebotsabgabe, die den ausgewählten Teilnehmern nach abgeschlossener Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge zugesendet wird, beginnt für die ausgewählten Teilnehmer die Angebotsphase. Ihr Angebot geben Sie bitte bis zum in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Termin und unter Beachtung der dort aufgeführten Bedingungen ausschließlich elektronisch über den Bieterbereich der eVergabe ab. Zur Abgabe ist eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur zugelassen, allerdings nicht zwingend erforderlich, da die Abgabe in Textform nach §126b BGB (Textform) zugelassen ist. Bei Abgabe eines Angebotes ist zu beachten, dass nach dem Hochladen aller notwendigen Unterlagen in eVergabe, im nächsten Schritt die gewünschte Signaturform auszuwählen ist. Das Angebot ist anschließend, entsprechend der gewählten „Signatur“ rechtsverbindlich zu „signieren“ und einzureichen. Vom Bieter ggf. selbst erstellte, unterzeichnete und hochgeladene Schreiben/Anschriften ersetzen den vor genannten Schritt der Auswahl der Signatur nicht. Dabei ist sichergestellt, dass die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Angebots durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung gewährleistet sind. Über eine etwaige Teilnahme am Verhandlungsverfahren werden Sie schriftlich informiert. Gemäß § 17 (11) VgV behält sich der Auftraggeber die Möglichkeit vor, den Auftrag ohne Verhandlungen mit den Bietern zu vergeben.

Sollten sich aus Sicht der ausgewählten Teilnehmer am Verhandlungsverfahren (2. Stufe) Nachfragen ergeben, gilt die gleiche Verfahrensweise wie zur 1. Phase (Teilnahmewettbewerb). Wichtige Fragen und Antworten sind für Sie ausschließlich über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen und werden hierüber auch beantwortet.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München
Postal code: 80538
Country: Germany
E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Internet address: <http://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz, 169 Abs. 1 GWB).

Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der der Bieterinformation nach §134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

VI.5. Date of dispatch of this notice

30/04/2021